

## 8 STRUKTURREFORMEN FÜR DIE JUNGE UNION

Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl im Oktober 2021 war für die Union das schlechteste seit der Gründung der Partei, insbesondere im Bereich der U30 Wähler. Die JU verliert jedes Jahr mehr Mitglieder, als dazugewonnen werden können und mit aktuell einem Mandatsträger in den Parlamenten ist die Repräsentanz der jungen Generation in der Mutterpartei ausbaufähig. Diese Entwicklungen waren innerhalb der JU Oberbayern Anlass zur Gründung eines Arbeitskreises zum Thema Verbandserneuerung. So ging es vor allem darum, Ursachen zu analysieren, warum es der größten politischen Jugendorganisation Deutschlands nicht hinreichend gelingt ist, die junge Generation anzusprechen, und strukturelle Lösungen zu finden, wie dies künftig besser gemacht werden kann.

In diesem Zeitraum haben wir auf drei großen Workshops sowie mehreren kleineren Veranstaltungen den Austausch zu Experten aus der Wissenschaft, aus politischen Start-Ups, aus dem Social Media-Bereich, aus anderen Jugendverbänden in Deutschland (Grüne Jugend, JuLis, Volt, JuSos) und International (JVP und französischer Jugendvertreter) sowie von eigenen Vorzeigeverbänden gesucht.

Die Impulse der Referenten dienten dazu, Ursachen festzumachen, welche die politische Partizipation im Allgemeinen für die junge Altersgruppe attraktiv macht und welche Schritte die Junge Union ergreifen könnte, um diese neuen, geänderten Partizipationsformen bestmöglich abzubilden. Als die größten Problempunkte wurden dabei folgende vier Schwerpunkte ausgemacht:

- 1) die mangelnde thematische Attraktivität der Union für U30 Wähler
- 2) der massive Mitgliederschwund bei der JU
- 3) die fehlende Diversität der eigenen Vertreter
- 4) die mangelnde Repräsentanz junger Menschen in den Parteistrukturen sowie in den Parlamenten.

Diese gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für diesen strukturellen Reformvorschlag, der sich im Schwerpunkt auf interne Verbandsstrukturen bezieht.

Dabei unterteilen sich die Vorschläge in kurzfristige sowie längerfristige Maßnahmen.

## 1. SENKUNG DES MITGLIEDSBEITRAG BIS 20, SOWIE IN DEN ERSTEN DREI JAHREN

Wenngleich die Beiträge für eine Mitgliedschaft in der JU im Vergleich mit anderen Jugendorganisationen nicht hoch sind, so stellen sie dennoch für viele als eine Art „Paywall“ ein erstes Hindernis zur Mitgliedschaft dar. Name, Adresse, Handynummer, Beruf und E-Mail einzutragen geht schnell, die Karte für die IBAN rauszuholen, löst Zurückhaltung aus. Bei dramatisch sinkenden Mitgliederzahlen müssen wir es den Werbenden so einfach wie möglich machen. Dafür bietet die kostengünstige Mitgliedschaft nach dem Vorbild der JVP (100.000 Mitglieder auf zwei Millionen Menschen in der Zielgruppe) eine gute Möglichkeit.

**Wir fordern eine Absenkung des Beitrags für unter 20-Jährige sowie Neumitglieder in den ersten drei Jahren nach Beitritt auf EINEN SYMBOLISCHEN EURO im Jahr.**

Als Ausgleich schlagen wir vor, dass neben dem Erschließen neuer Einnahmequellen der Mitgliedsbeitrag ab dem 30. Lebensjahr um ein Drittel von 20 auf 30 € erhöht wird.

Diese Lösung bietet den Vorteil, dass keine erhöhte Administrationsaufgaben auf die Ortsverbände zukommen, da die IBANen grundsätzlich dennoch bereits abgefragt werden. Für den Fall, dass dies allerdings erst nachträglich geschieht, können Ortsverbände den symbolischen Beitrag relativ einfach aus Eigenmitteln aufbringen.

## 2. ONE FIT FOR ALL

Ein 18-jähriger Student muss, wenn er sich für die Politik der Unionsparteien begeistert, in vier bis fünf Organisationen (SU, JU, CSU, RCDS, ASP etc.) eintreten. Diese irrwitzige Komplexität kann kurz- und mittelfristig durch ein One-Fit-For-All Konzept verbessert werden:

- 1) Zunächst wollen wir die Mitgliedsanträge von einem Opt-In (Checkboxen für die Aufnahme in weiteren Organisationen) zu einem Opt-Out-Modell (Checkboxen für die Nicht-Aufnahme in weiteren Organisationen) umgestalten
- 2) Wir treten dafür ein, dass jemand, der unter 30 in eine der genannten Organisationen eintritt, automatisch auch bei der Schülerunion und im RCDS Mitglied wird.
- 3) Darüber hinaus fordern wir die Junge Union Bayern auf, mit der Mutterpartei in einen Austausch zu treten, um Mitgliedsbeiträge in der CSU, in den Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften so günstig wie möglich zu gestalten.

Dies geht mit der kostengünstigen Mitgliedschaft einher.

Vorteile dieser Lösung sind, dass der Übergang in die CSU wesentlich erleichtert wird sowie Aufmerksamkeit für die Arbeit mitgliederschwächerer Organisationen (i.B. dem RCDS und der SU) leichter generiert werden kann.

### 3. NEUMITGLIEDERBETEILIGUNG

Neumitgliedern ist eine schnelle Integration und Teilhabe oftmals verwehrt. Zusätzlich zu der inhaltlichen Arbeit bietet es sich daher an, Neumitglieder von JU und CSU gezielt zu bislang großteils exklusiv gehaltenen Formaten wie Bezirks- und Landesparteitage, Kreisvorsitzenden-Konferenzen, Delegiertenversammlungen und Bezirks- und Landesvorstandssitzungen einzuladen, um diese möglichst schnell zu beteiligen. **Dazu fordern wir ein standardmäßiges Kontingent für Neumitglieder auf allen genannten Formaten, über dessen Bestehen Neumitglieder gesondert zu jedem Format informiert werden.**

Der satzungsmäßige Mitgliederbeauftragte steht hierfür besonders in der Verantwortung.

### 4. TEILNAHME- UND REDERECHT BEI VORSTANDS- UND FRAKTIONSSITZUNGEN AUF KOMMUNALER EBENE

Bei den Grünen ist man entweder bei der Grünen Jugend (U27) oder „Altgrüner“ (Ü27). Mitglieder der grünen Jugend haben jedoch volles Teilnahme- und Rederecht bei Vorstands- und Fraktionssitzungen auf kommunaler Ebene. Dies erleichtert wesentlich die spätere Integration in die „altgrünen“ Strukturen, da zwischen jungen und alten nicht von Anfang an um Plätze konkurriert wird (Stichwort: U35 Vertreter in Vorständen). Zum anderen bietet dies die Möglichkeit, noch klarer den Standpunkt und die Interessen der jungen Generation zu vertreten.

- 1) Wir fordern die Einräumung satzungsmäßiger Kontingente bei den Orts- und Kreisvorstandssitzungen auf kommunaler Ebene für junge Mitglieder.
- 2) Wir fordern ein satzungsmäßiges Antragsrecht zu Orts- und Kreisvorständen, im Rahmen dessen Neumitglieder ihre themenspezifischen Anliegen direkt vor die CSU-Vorstände bringen können. Hierbei sollte der JU-Orts/Kreisvorsitzende vor Ort eine gewisse Kontrollfunktion einnehmen dürfen.
- 3) Wir fordern, dass sich die Junge Union Bayern offiziell für die Einräumung von Kontingenten bei **Gemeinde- und Kreisratsfraktionssitzungen** auf kommunaler Ebene stark macht.

## 5. AKTIVES EINTRETEN FÜR DAS WAHLALTER AB 16

Zur Europawahl werden erstmals Wähler ab 16 Jahren zugelassen. Die Vote-16 Kampagne grift das in Bayern geschickt auf. Während nahezu alle anderen Jugendorganisationen dies begrüßen, vertritt die JU einen intransparenten Schlangenkurs. Dies wirkt nicht nur nach Außen rückständig, sondern verfehlt auch das Interesse unserer Repräsentanzgruppe.

Die JU sollte daher eine breite Debatte führen, ob sich für die konsequente Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bemühen werden sollte. Hierbei müssen wir die Debatte um das passive Wahlrecht ergänzen und auf allen Ebenen gezielt Mitglieder ab 16 Jahren ansprechen.

## 6. OBERGRENZE FÜR MANDATSZEITEN

Zu lange Phasen ohne Veränderung senken auf die Dauer die Innovationskraft und die Lebendigkeit von Organisationen. Was für die Demokratie und die Wirtschaft gilt, kann auch an den Unionsparteien nicht spurlos vorbeigehen. Mandatsträger und Mandatsträgerinnen sollten politische Mandate als Berufung, nicht als Beruf begreifen, dem man einen Lebensabschnitt widmen sollte, aber nicht die gesamte berufliche Laufbahn. Dasselbe gilt für Exekutivverantwortung. Dies kann durch Obergrenzen für Mandate sichergestellt werden. Auf diese Art beleben sich Verbände und Strukturen automatisch von selbst.

Wir fordern daher die Wiederbelebung der Debatte im die Begrenzung von Amtszeiten auf allen parlamentarischen Ebenen sowie für konsekutive Exekutivverantwortung (Ministerpräsident, Bundes- und Staatsminister, Staatssekretäre). Hierbei schlagen wir als Ausgangspunkt der Debatte vier bzw. zwei Legislaturperioden vor.

## 7. FAKULTATIVE DOPPELSPITZEN EINFÜHREN

Die Frauenquote in JU und CSU beträgt vielerorts kaum mehr als 20%. Die engagierten jungen Frauen in der Union haben zusätzlich oftmals mit dem Vorurteil der „Quotenfrau“ zu kämpfen. Bei der Grünen Jugend gibt es einen Frauenanteil von über 50%. Unbeachtlich all der Kritikpunkte, die diese Parteistrukturen für den Außenstehenden bieten, spiegelt dieser Anteil doch besser die gesellschaftliche Zusammensetzung in unserem Land eher wieder als unsere Strukturen. Die Wirtschaft macht uns erfolgreich vor, welche positive Wirkung temporäre paritätische Besetzungsvorgaben für die langfristige Diversität haben. Oftmals angebrachte Argumente der faktischen, ungeschriebenen Quote und der Unterrepräsentierung engagierter Männer bei paritätischer Besetzung laufen fehl. So scheitert ersteres Argument mit Blick auf die nackten Zahlen, letzteres Argument basiert auf der falschen Prämisse, dass die Vergleichsgruppe aus den aktiven Mitgliedern besteht

und nicht die bisher ungenutzten Potentiale potentieller weiblicher Mitglieder außen vor lässt.

Wir fordern daher eine Debatte über die Einführung fakultativer paritätischer Doppelspitzen in Orts- und Kreisverbänden.

## **8. EVP-ORTSVERBAND IN EUROPÄISCHEN REGIONEN AUFBAUEN**

Um dem demokratischen europäischen Anspruch der Unionsparteien gerecht zu werden, sollte über die Gründung von (Orts-)verbänden für politisch aktive und interessierte Unionsbürger in Fortschrittsregionen nachgedacht werden. Dem Vorbild von Volt nach europäischen Regionalgruppen und dem CSU-Ortsverband in Brüssel folgend, sollten in einem ersten Schritt in Regionen wie Oberbayern oder dem Großraum Berlin internationale Strukturen für den christdemokratischen Parteienverbundenen (EU-)Ausländern, die in Deutschland zeitweise oder dauerhaft leben, geschaffen werden. Diese können sich so niederschwellig in die Parteiarbeit in Deutschland integrieren und bei einer zunehmenden europäischen Demokratisierung ihr Engagement in einer transnationalen, europäischen Volkspartei angerechnet bekommen.

Diese Regionalgruppen würden im ersten Schritt nach nationalem Vereinsrecht als e.V. ohne parteispezifische Strukturen als reine Netzwerk- und Veranstaltungsplattformen gegründet werden.